

SPD demokratischer pressediens

P/XXXII/153

12. August 1977

Seine Funktionsfähigkeit muß erhalten bleiben

Zur 25jährigen Mitgliedschaft der Bundesrepublik im Internationalen Währungsfonds

Von Dr. Hans Apel MdB
Bundesfinanzminister und Mitglied des SPD-Parteivorstandes

Seite 1 und 2 / 88 Zeilen

Wir brauchen Gesprächsergebnisse, die den Tag überdauern

Anmerkungen zum 16. Jahrestag des Berliner Mauer-Baus

Von Dietrich Stobbe
Regierender Bürgermeister von Berlin

Seite 3 / 35 Zeilen

Kein Grund zur Krisenstimmung

Weichenstellungen sind nötig

Von Erhard Eppler
SPD-Präsidiumsmitglied und Landesvorsitzender der SPD Baden-Württemberg

Seite 4 bis 6 / 77 Zeilen

Steuerpolitischen Aktionismus vermeiden

Gerede über falsche Rezepte ist Gift für die Konjunktur

Von Horst Gobrecht MdB
Stellvertretender Obmann der SPD-Bundestagsfraktion für Steuerpolitik

Seite 7 und 8 / 52 Zeilen

Chefredakteur: Helmut G. Schmidt

Heussallee 2-10, 5300 Bonn 12
Postfach: 180 408
Pressenhaus I, Zimmer 217-224
Telefon: 21 90 35/38
Telefax: 06 65 848-45 ppen d

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH
Kölnener Straße 108-112, Telefon: 37 66 11
5300 Bonn-Bad Godesberg

Seine Funktionsfähigkeit muß erhalten bleiben

**Zur 25jährigen Mitgliedschaft der Bundesrepublik
im Internationalen Währungsfonds**

Von Dr. Hans Apel MdB

Bundesfinanzminister und Mitglied des SPD-Parteivorstands

Ein Blick auf die Szene der internationalen Wirtschafts- und Währungsbeziehungen genügt, um jedem begreiflich zu machen, welche immense Bedeutung der Internationale Währungsfonds (IWF) für alle von uns hat. Glaubten viele noch vor wenigen Jahren, mit dem Niedergang des Systems fester Wechselkurse auch den Niedergang des IWF zu erleben, sind sie heute eines Besseren belehrt. Die Stellung des IWF als internationaler Währungshüter ist unumstritten. Hat er doch seine Funktionsfähigkeit angesichts der gegenwärtig zu bewältigenden Probleme unter Beweis gestellt.

Die allgemeine Verteuerung der Rohstoffe - insbesondere die explosionsartigen Preissteigerungen des Erdöls - führten seit 1974 zu Verwerfungen im Leistungs- und Zahlungsbilanzgefüge, die dem freien Waren- und Kapitalverkehr äußerste Belastungen brachten. So mußten im Zeitraum von 1974 bis 1976 kumulierte Leistungsbilanzdefizite in Höhe von rund 180 Milliarden DM finanziert werden. Diese Herausforderung der ersten Stunde ist heute bestanden. Dennoch ist die gegenwärtige weltwirtschaftliche Lage noch nicht endgültig entspannt. 1977 kann das globale Leistungsbilanzdefizit der OECD-Länder mehr als 30 Milliarden Dollar betragen, das der Nichtöl-Entwicklungsländer kaum 25 Milliarden Dollar unterschreiten. Dem steht ein Überschuß bei den OPEC-Ländern von rund 40 Milliarden Dollar gegenüber.

Es ist Aufgabe des Internationalen Währungsfonds, eine Anpassung der nationalen Volkswirtschaften bei Erhaltung eines weiterhin freien Waren- und Zahlungsverkehrs herbeizuführen. Angesichts der längerfristig notwendigen Strukturveränderungen ist eine erhöhte Finanzierung der internationalen Zahlungsströme unumgänglich. Dieser Aufgabe hat sich der IWF nicht verschlossen. Insbesondere hat er sich auch in wachsendem Maße den Zahlungsbilanzproblemen der Entwicklungsländer gewidmet. So wurde eine Reihe von Sonderfazilitäten entwickelt, die sich den in den Entwicklungsländern vorherrschenden Zahlungsbilanzschwierigkeiten - z.B. durch strukturelle Probleme oder unverschuldete Exporterlösausfälle - annehmen. Diese Fazilitäten wurden in bemerkenswertem Umfang genutzt. Seine Flexibilität in der Ausleihetätigkeit stellte der IWF auch nach der Ölkrise unter Beweis. Finanziert durch Kreditaufnahmen bei einigen Ölexportierenden und einigen Zahlungsbilanzstarken Industrieländern, schleuste er rund 7,5 Milliarden Dollar im Rahmen der sogenannten Ölfazilität an bedürftige Mitgliedstaaten zurück. Weniger wichtig war dabei die Höhe des Betrages. Aber diese Aktion eröffnete auch jenen Ländern ohne Zugang zu den internationalen Kapitalmärkten die Möglichkeit, einen Teil ihrer ölbedingten Defizite zu finanzieren.

Die Bereitschaft der Ölexportierenden Länder, in der Weltwirtschaft Verantwortung zu übernehmen, hat sich auch bei einem anderen Kreditinstrument des Internationalen Währungsfonds gezeigt: der sogenannten "Witteveen-Fazilität". Mit dem Beschluß vom 6. August 1977 in Paris werden sie zusammen mit einigen Industrieländern weitere zehn Milliarden Dollar bereitstellen. Wie schon bei der Ölfazilität wird auch die Bundesbank einen erheblichen Finanzierungsbeitrag

(ca 1,2 Milliarden Dollar) leisten. Diese Flexibilität wird die Handlungsfähigkeit des Internationalen Währungsfonds erheblich stärken, weil höhere Kreditbeiträge gerade für Länder mit großen Zahlungsbilanzproblemen und relativ geringer Quote angeboten werden können. Die Inanspruchnahme dieser Mittel ist allerdings an glaubwürdige Programme zur wirtschaftlichen Gesundung gebunden. Daraus wird deutlich, daß internationale Hilfe in erster Linie Beistand zur Selbsthilfe ist.

Das muß sie auch sein. Denn angesichts des Ausmaßes der Defizite wird ein großer Teil der Finanzierung auch weiterhin über private Märkte erfolgen. Im Zeitraum von 1974 bis 1976 waren das immerhin nahezu 90 Milliarden Dollar. Diesen Bedarf durch interne Stabilitätsprogramme auf ein ökonomisch vertretbares Maß zu reduzieren und zugleich die Kreditwürdigkeit dieser Länder zu stärken, ist jetzt das Gebot der Stunde. Nur so besteht berechtigte Hoffnung, daß wir nun - nach einer Periode mehrjähriger Finanzierung - endgültig in eine Phase der weltwirtschaftlichen Konsolidierung eintreten.

Dies alles zeigt den Internationalen Währungsfonds als eine dynamische Institution, die es versteht, sich den wandelnden weltwirtschaftlichen Gegebenheiten anzupassen. Es ist deshalb nicht verwunderlich, daß sich der IWF heute zur Verwirklichung seiner traditionellen Aufgaben neuer Wege bedient. Nur hierin entspricht der Fonds nicht mehr dem Bild seiner Väter. Feste Wechselkurse und die Bindung des Dollars an das Gold als Reserveeinheit gehören der Vergangenheit an. Nach den neuen Statuten, über die nach mehrjährigen Verhandlungen Anfang 1976 auf der Konferenz von Jamaika Einigkeit erzielt werden konnte, bleibt die Wahl des Wechselkursregimes frei. Mit dieser größeren Freiheit nach außen ist aber zugleich eine erhöhte Verantwortlichkeit nach innen verbunden. Die Mitglieder des Fonds haben sich deshalb verpflichtet, durch enge internationale Kooperation und Abstimmung der nationalen Wirtschaftspolitik zur Stabilität des Weltwährungssystems beizutragen.

Der jetzt erreichte Grad der Wechselkursfreiheit entspricht den gegenwärtigen wirtschaftspolitischen Bedürfnissen. Ihm ist es zu verdanken, daß die Zahlungsbilanzwirkungen der Ölverteuerung und der sich daran anschließenden weltweiten Rezession verhältnismäßig überstanden wurden. Die Arbeit der Mütter der internationalen Währungsbeziehungen ist deshalb gar nicht hoch genug einzuschätzen. Haben wir doch trotz aller wirtschaftlichen Zwänge keinen Rückfall in außenwirtschaftlichen Protektionismus und konkurrierende Abwertung durch Wechselkursmanipulationen erleben müssen. Wir alle profitieren davon. Gerade für die Bundesrepublik ist ein sich frei entwickelnder Welthandel lebensnotwendig. Dadurch werden tausende von Arbeitsplätzen, die Einkommen und Wohlstand bringen, in unserer Exportindustrie gesichert. Wir selbst haben deshalb größtes Eigeninteresse daran, die Funktionsfähigkeit des Internationalen Währungsfonds auch in Zukunft zu bewahren. Der IWF muß uns im Geist seiner Gründer als Garant einer freiheitlichen Weltwährungsordnung erhalten bleiben. In diesem Sinne nach vorn zu denken, erscheint mir dem Ereignis der 25jährigen Mitgliedschaft der Bundesrepublik Deutschland im Internationalen Währungsfonds angemessen. (-/12.8.1977/kr/ja)

Wir brauchen Gesprächsergebnisse, die den Tag überdauern

Anmerkungen zum 16. Jahrestag des Berliner Mauer-Baus

Von Dietrich Stobbe

Regierender Bürgermeister von Berlin

Seit 16 Jahren muß Berlin mit der Mauer leben. Diese permanente Provokation nötigt uns Berlinern ein Höchstmaß an Beherrschung ab. Spätestens vor der Mauer muß jeder erkennen, wie unverrückbar die Machtverhältnisse zwischen Ost und West sind. Die Mauer ist entsetzlich konkret und wird es noch lange bleiben. Das Gleichgewicht der Macht zwischen Ost und West ist eine Tatsache, die uns zwingt, mit der Teilung unserer Stadt und unseres Landes zu leben. Aber auf genau diesem Gleichgewicht ruht auch der Frieden. Wer das Gleichgewicht aus den Angeln zu heben versucht, spielt mit dem Feuer.

Die Lage in und um Berlin verlangt ein behutsames Hantieren mit den Realitäten. Es gibt nirgendwo sonst eine so eindeutige Verpflichtung, die Dinge so zu sehen wie sie sind, und nicht, wie man wünscht, daß sie seien. Es wäre verwerflich, die betroffenen Menschen in Illusionen zu wiegen über die Möglichkeiten des realen Handelns. Wir sollten uns diejenigen genau ansehen, die auch am 16. Jahrestag des Mauerbaues wieder flink ihre Patentrezepte für eine goldene Zukunft auf den Tisch legen und sich den Anschein geben, als würden sie über die politischen Mittel verfügen, die Lage einfach zu ändern.

Die gesamte Berliner Bevölkerung hat ein Opfer dafür gebracht, eine Gemeinschaft zu sein, die den Grundwerten der Freiheit verpflichtet ist. Diesen Anspruch auch für alle Zukunft zu wahren, ist ein Auftrag, der keinen Raum läßt für Resignation. Die Berliner haben eine Politik verdient, die dem Auftrag gerecht wird, den die deutsche Geschichte unserer Stadt stellt. Es ist gut, daß jetzt eine neue Phase der Verhandlungen zwischen den beiden deutschen Staaten beginnt, die eine Zeit der Stagnation ablöst. Es sind in den letzten Jahren mühsame Fäden geknüpft worden über die Teilung hinweg. Berlin hat sich über die letzten Jahre hinweg davon überzeugen können, daß nur eine Politik des Augenmaßes Fortschritte bringt. Wir leben, das wird außerhalb der Stadt allzu leicht vergessen, 365 Tage im Jahr mit der Mauer, nicht nur am 13. August. Wir brauchen Gesprächsergebnisse, die den Tag überdauern.

Berlin erwartet keine Wunder. Aber wir dürfen darauf bauen, daß der wieder-
aufgenommene Dialog auf die Lage diesseits und jenseits der Mauer nicht ohne
Auswirkung bleibt. Die anstehenden Fragen werden ohne Zeitdruck, mit Beharr-
lichkeit zu einem ausgewogenen Ergebnis gebracht werden. Die Politik des par-
tiellen Interessenausgleichs zwischen Ost und West gelangt mit jeder neuen
Vereinbarung auf eine höhere Stufe. Das ist der einzige Stufenplan, der einen
trittfesten Weg in die Zukunft weist. (-/12.8.1977/vo-he/

+ + +

Kein Grund zur Krisenstimmung

Weichenstellungen sind nötig

Von Erhard Eppler

SPD-Präsidiumsmitglied und Landesvorsitzender der SPD Baden-Württemberg

Was ist seit letzter Woche geschehen? Was hat jene hektische Krisenstimmung ausgelöst, in der nun Forderungen von allen Seiten über dem Kopf des Bundesfinanzministers zusammenschlagen? Antwort: Es besteht, wie viele seit langem erwarten, die Gefahr, daß das gesamtwirtschaftliche Wachstum 1977 nicht fünf Prozent, sondern vier Prozent betragen wird. Sicher: Dieses eine Prozent hat Auswirkungen auf die Arbeitslosenzahl, auf die Beiträge zur Rentenversicherung, die Zuschüsse zur Arbeitslosenversicherung.

Trotzdem: Wir sind nicht in einer Wirtschaftskrise. Die Erträge steigen, noch selten hatten wir günstigere Bedingungen für die Investitionsfinanzierung als heute. Immer noch haben wir - wenn auch geringfügigere - Zuwächse der Realeinkommen, unsere Handelsbilanz ist so gut, daß die Zahlungsbilanz nur dadurch für andere Länder erträglich wird, weil Millionen unserer Bürger ihren Urlaub im Ausland verbringen. Wichtige Großbetriebe suchen inzwischen vergeblich nicht nur nach Facharbeitern, sondern auch nach Hilfskräften. An anderen Stellen gibt es Entlassungen, vor allem im Bereich der älteren und der weiblichen Angestellten.

Wir sind im dritten Jahr eines verhaltenen wirtschaftlichen Aufwärtstrends, der möglicherweise etwas abflacht. Ein Wirtschaftswachstum von vier Prozent 1977 bedeutet in absoluten Ziffern soviel wie ein Wachstum von sechs oder sieben Prozent Ende der sechziger Jahre. Daß es einen Aufschwung wie den von 1969/70 nicht wieder geben werde, war für viele seit Jahren klar. Der große Aufschwung, der von sich aus die Arbeitslosigkeit wegfegen könnte, läßt sich mit keinem Mittel erzwingen; auch nicht mit dem Mittel der Steuersenkung, nach dem Stabili-

täte- und Wachstumsgesetz. Eine Senkung der Lohn- und Einkommensteuer für ein Jahr um zehn Prozent bedeutet einen Steuerausfall von ca. zehn Milliarden DM. Wieviel davon in den Konsum fließen würde, ist völlig unsicher. Der größere Teil würde in die Sparrate gehen, aus der sich die öffentlichen Hände durch zusätzliche Kredite zu finanzieren hätten. Und wenn dann im Herbst 1978, wenn das Jahr der Steuersenkung ausläuft, die Konjunktur wirklich kippen sollte, was soll dann geschehen? Müssen dann die Steuern wieder erhöht werden?

Der Kreditspielraum des Bundes ist begrenzt durch Artikel 115 Grundgesetz, der vorschreibt, daß - außer in einer Rezession - die Einnahmen aus Krediten die Summe der im Haushalt veranschlagten Ausgaben für Investitionen nicht überschreiten dürfen. Zinsen für alte Kredite dürfen nur insoweit über neue Kredite finanziert werden, als die Netto-Kreditaufnahme nicht die Summe der Investitionen übersteigt. Je höher der Schuldendienst, desto geringer der Anteil der Investitionen, die faktisch über Kredite finanziert werden können, desto geringer der Spielraum für andere Ausgaben.

Die Arbeitslosigkeit bleibt deshalb hoch, weil seit 1974 Produktivität rascher steigt als die Produktion von Gütern und Dienstleistungen. Dies wird 1977 wieder so sein, wohl auch 1978. Hoher Produktivitätszuwachs ist aber keine Katastrophe, sondern eher eine Chance: Menschliche Arbeit bringt mehr hervor, also kann entweder mehr verteilt oder weniger gearbeitet werden. Eine Volkswirtschaft, die sich überwiegend mit diesem Problem herumzuschlagen hat, sollte von Glück sagen. Andere wären froh, sie hätten unsere Sorgen.

Andererseits ist keine Wachstumsrate in Sicht, die uns dieses Problem vom Halse schaffen könnte. Was wir brauchen, sind Weichenstellungen dafür, wo zusätzliche Arbeit geleistet werden kann, mit der bisher ungedeckte Bedürfnisse sich befriedigen lassen und in welcher Weise die Lebensarbeitszeit verringert werden kann. Für letzteres gibt es unzählige Vorschläge, die behutsam, beginnend mit besonderen Formen des Urlaubs, verwirklicht werden müssen. Keine

Konjunkturspritze kann uns diese Entscheidungen ersparen. Wohl aber können Konjunkturspritzen, wie sie das Stabilitäts- und Wachstumsgesetz vorsieht, zur falschen Zeit angewandt, unseren Entscheidungsspielraum einengen.

Es wird inzwischen nicht mehr bestritten, daß bei Industrie und Handwerk vor allem da neue Arbeitsplätze zu schaffen sind, wo Energie und Rohstoffe gespart, die Umwelt geschont und neue Energiequellen erschlossen werden müssen. Dies alles läßt sich gezielt fördern mit einem Bruchteil der Mittel, auf die bei einer generellen Steuersenkung die öffentlichen Hände verzichten.

Es wird auch nicht mehr bestritten, daß Arbeit genug zu tun wäre in den Dienstleistungen, die unmittelbar mit Menschen zu tun haben. Dies geht von der Berufs- und Erwachsenenbildung bis zur rechtzeitigen Betreuung psychisch Gefährdeter und Kranker. Nicht alle diese Dienstleistungen, aber viele davon, müssen öffentlich finanziert werden. Was ist das für ein Staat, der, um - vielleicht - die Konjunktur anzukurbeln, zusieht, wie arbeitslose Lehrer auf der Straße stehen, während in den Schulen immer mehr Unterricht ausfällt? Solange es Arbeitslose gibt, weil der Staat nichts tun kann, was seine unmittelbare Aufgabe immer war, ist es wenig sinnvoll, durch ungezielte Konjunkturspritzen dafür zu sorgen, daß in einem Teil der Wirtschaft der Arbeitskräftemangel zunimmt, während anderswo die Arbeitslosen übrig bleiben.

Was wir brauchen, ist mehr Ruhe, mehr Stetigkeit, weniger Hektik. Wir sollten weniger auf die monatlich wechselnden Wachstumserwartungen starren und in Panik geraten, wenn sie sich um ein Prozent verschieben. Wir müssen entscheiden, wo der rasche Fortschritt der Produktivität die Leistung bisher unerledigter Arbeit erlaubt und wo er die Reduzierung der Arbeitszeit möglich macht. Das ist keine Aufgabe, die zu Pessimismus Anlaß gibt, keine die unlösbar wäre, wenn wir unsere Mittel richtig einsetzen. (-/12.8.1977/ks/lo)

+ + +

Steuerpolitischen Aktionismus vermeiden

Cerede über falsche Rezepte ist Gift für die Konjunktur

Von Horst Gobrecht MdB

Stellvertretender Obmann der SPD-Bundestagsfraktion für Steuerpolitik

Was in anderen Sommern das Ungeheuer von Loch Ness war, soll offenbar in diesem Jahr ein Gesetz aus dem Jahr 1967 ausgleichen: Statt der Sonne im verregneten Sommer 1977 das Gesetz zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft von 1967. Noch genauer: Zunächst in einzelnen Presseartikeln, dann in der ZDF-Diskussion über die Arbeitslosigkeit und schließlich in den öffentlichen Vermutungen über mögliche Gesprächsgegenstände der Hamburger Kanzler-Runde tauchte immer deutlicher der Hinweis auf, die Bundesregierung solle doch schnell nach diesem Gesetz befristet die Einkommensteuer und Lohnsteuer senken und Abschreibungserleichterungen gewähren, "... schon allein, um sich nicht dem Vorwurf der Untätigkeit auszusetzen. Wunderdinge im Bereich der Beschäftigung sollte man sich ... jedoch davon nicht erwarten" (so die "Süddeutsche Zeitung" am 10. August 1977).

Die gegenwärtige wirtschaftliche Entwicklung ist sicher schwierig, aber im Vergleich mit ähnlichen Situationen in der Vergangenheit oder mit der wirtschaftlichen Lage anderer Industrienationen mitnichten katastrophal. Nichts schadet jetzt mehr, als eine hektische Diskussion über neue Steuererleichterungen, die zudem im wesentlichen per Gießkanneneffekt verschüttet würden, und die nur neuen "Attentismus" in der Wirtschaft auslösen können. Denn welcher streng rechnende Unternehmer würde nicht eine alsbald fällige Investitionsentscheidung bis zu dem Termin verschieben, der ihm die zusätzliche Abschreibungserleichterung brächte?

Doch abgesehen von Gießkanneneffekt und Attentismus: Die sozialliberale Bundesregierung und die Sozialdemokratische Bundestagsfraktion haben den Vor-

wurf der Untätigkeit nicht zu fürchten! Weder für steuerpolitischen Aktionismus durch Anwendung des Stabilitäts- und Wachstumsgesetzes von 1967 noch für Hektik in der Wirtschafts- und Finanzpolitik besteht ein Anlaß. Einerseits ist die Umsetzung des bisher größten Investitionsprogramms von Bund, Ländern und Gemeinden - des 16-Milliarden-DM-Programms - in vollem Gange, andererseits befinden sich die steuerpolitischen Planungen über eine mittelfristige Lohn- und Einkommensteuersenkung im Zusammenhang mit strukturellen Verbesserungen für breite Schichten der Steuerzahler in einer sachlichen Diskussionsphase und damit in Arbeit. Auch und gerade in der Steuerpolitik kann und darf nicht von der Hand in den Mund gelebt werden; sie muß wieder mittelfristig betrieben und möglichst langfristig geplant werden. Und ihre Auswirkungen auf alle anderen gesellschaftspolitischen Bereiche sind sehr achtsam einzukalkulieren.

Schließlich: Die Einnahmeausfälle der Gebietskörperschaften durch lineare Steuersenkungen und Abschreibungserleichterungen könnten allzuleicht gerade dort zu Kürzungen öffentlicher Investitionen führen, wo sie für die Erhaltung und Schaffung von Arbeitsplätzen dringend erwünscht sind. Ganz abgesehen davon, daß es beispielsweise in den Bereichen der sozialen Dienste, der allgemeinen Infrastruktur, der Berufsbildung nach wie vor notwendige und sinnvolle Investitionsmöglichkeiten gibt, die sowohl die Binnenkonjunktur durch Aufträge fördern als auch den Arbeitsmarkt durch Personaleinstellungen entlasteten. Einnahmeausfälle verhinderten dies!

Und es pfeifen doch im übrigen die Spatzen von den Dächern, daß derzeit nicht zu wenig Geld da ist, daß im großen und ganzen die Realeinkommen hohe Sparleistungen ermöglichen, daß es an der nötigen Nachfrage fehlt, daß deshalb Neuinvestitionen nur sparsam vorgenommen werden. Diese mangelnde Nachfrage wird sicherlich nicht durch lineare Steuersenkungen ausgeglichen. Eher schon ergäbe sich eine neue Form der Sparförderung - nur diesmal indirekt, gewißlich nicht gewollt und unsinnig.

(-/12.8.1977/ks/ja)

+ + +